

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht -  
Währungspolitik - Innerdeutsche Beziehungen - Nord-Süd-  
Kommission - Energiepolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Währungspolitik - Innerdeutsche Beziehungen - Nord-Süd-Kommission - Energiepolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 2, pp. 57-58

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135037>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Jahreswirtschaftsbericht

### Schon überholt?

---

Den großen Prognosereigen schließt alljährlich die Bundesregierung mit ihrem Jahreswirtschaftsbericht ab. Sie hat ihre Ende des letzten Monats vorgelegte Zielprojektion noch einmal mit einem eindringlichen Appell an die Tarifpartner verbunden, die ihnen in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zugestandene Rolle gerade in der gegenwärtigen Situation mit hohem Verantwortungsbewußtsein auszufüllen. Deshalb stellt sie noch einmal dar, wie das in der Regierungserklärung vom Dezember bereits vielfach beschworene Prinzip der Solidarität ökonomisch zu deuten ist.

Solidarität ist mit den über eine Million Erwerbslosen zu üben, und zwar unter bestimmten Rahmenbedingungen. Die wichtigste: die bisher erreichten Stabilisierungserfolge müssen zumindest konsolidiert werden. Im Hinblick auf die gleichzeitige Erzielung eines erneuten kräftigen Wachstums (BIP-Projektion für 1977: + 5%) als Voraussetzung für einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit kommt dem Verhalten der Tarifparteien entscheidende Bedeutung zu. In Kenntnis der beabsichtigten Geld- und Finanzpolitik haben sie zu beachten, „daß die Entwicklung der Lohnkosten wesentlich mit darüber entscheidet, ob... Arbeitsplätze unwirtschaftlich werden...“ Die Unternehmen aber sollten ihr Preisverhalten nicht allein an kurzfristigen Marktchancen orientieren. Selbst wenn das Wachstum die in der Zielprojektion genannte Größenordnung erreicht, verbliebe immer noch eine Arbeitslosenquote von rund 4% – ein unbefriedigend hoher Stand. Inzwischen aber liegen bereits neue Daten vor. Insbesondere die Tarifabschlüsse in der Metallindustrie, die zu deutlich höheren Kostenbelastungen führen als projiziert, lassen für den weiteren Verlauf der Lohnrunde wenig Gutes ahnen. wt

---

## Währungspolitik

### Gefährliche Schlange

---

Oberstes wirtschaftspolitisches Ziel bleibt nach Aussagen des Bundesfinanzministers die Bekämpfung der Inflation, und dabei komme der Geldpolitik nach wie vor eine entscheidende Rolle zu. Damit hängt die Erreichung des Stabilitätszieles in hohem Maße von der richtigen Dosierung der Geldmenge durch die Bundesbank ab. In diesem Zusammenhang sprach sich Minister Apel auch für eine Beibehaltung flexibler Wechselkurse

aus. Dem kann man nur zustimmen. Entsprechendes gilt auch für die skeptische Haltung des Ministers gegenüber der Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Denn nach wie vor sucht man vergebens nach Ansatzpunkten für gemeinsame wirtschafts- und währungspolitische Anstrengungen der EG-Länder: nicht nur die Entwicklungen, sondern auch die Prioritäten in den einzelnen Mitgliedstaaten divergieren stärker denn je.

Um so unverständlicher ist es, daß trotzdem für die Erhaltung und Erweiterung der Währungsschlange plädiert wird, zumal sich gezeigt hat, daß Wechselkursänderungen aus politischen Gründen immer wieder verzögert werden und damit das Stabilitätsziel häufig bedroht wird. Zu oft war die Bundesbank im Rahmen ihrer Interventionspflicht schon gezwungen, die bei Währungsunruhen zugeflossene Liquidität – sei es durch eine Änderung ihrer Mindestreservepolitik oder durch Offenmarktoperationen – zu neutralisieren. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat sich die Bundesbank – zu Recht – mehrfach für eine Abschaffung der Schlange ausgesprochen. us

---

## Innerdeutsche Beziehungen

### Scheinbare Widersprüche

---

Als großer Publikumserfolg hat sich die erste offizielle Ausstellung der Bundesrepublik in der DDR erwiesen. Weit über 80 000 Besucher kamen zum Alexanderplatz, um „Fotografie in Wissenschaft und Technik“ zu sehen. Bereits das Zustandekommen dieser industriellen Bilderschau – trotz festgefahrener Verhandlungen über ein Kulturabkommen – läßt das Interesse der DDR an funktionierenden technisch-wirtschaftlichen Beziehungen erkennen. Immerhin stellt ein jährliches Handelsvolumen von rd. 8 Mrd. DM bei gegenwärtig nahezu ausgeglichenen Warenströmen (wobei das IV. Quartal 1976 Änderungen bringen mag) ein festes und bewährtes Fundament dar. Dieser wirtschaftlichen Kooperation steht politisch jedoch ein harter Abgrenzungs-, ja Konfrontationskurs gegenüber. Einmischung in die inneren Verhältnisse lautet der zuletzt erhobene Vorwurf, mit dem die Ausreiseregelung für DDR-Bürger torpediert werden soll; ihm war u. a. die zeitweilige Absperrung der Ständigen Vertretung vorausgegangen.

Gerade die inneren Probleme jedoch – so ist zu vermuten – lassen die SED nach altem Muster den Feind draußen suchen. Rohstoffverteuerungen und Ernteausfälle erzwingen Planrevisionen und verlangsamen den technischen Fortschritt. Die Bevölkerung reagiert mit Unmut auf Versor-

gungsengpässe und drohende Preiserhöhungen. Schließlich stellen über 100 000 ausreisewillige Bürger nicht nur ein Arbeitskräfteproblem dar, sondern lassen auch auf eine gewisse Staatsverdrossenheit schließen. Der scheinbare Widerspruch zwischen scharfer Abgrenzung und gleichzeitiger Zusammenarbeit wird erklärbar: Die Bundesrepublik als Gegner Nr. 1 lenkt von der Vertrauenskrise zu Staat und Partei ab, die Bundesrepublik als zweitgrößter Handelspartner hilft mit, die Wirtschaftsprobleme als eine Komponente gesellschaftlicher Instabilität zu überwinden. Dabei stellen nicht zuletzt der – 1976 voll ausgenutzte – Swing und die „stille Mitgliedschaft“ in der EG beachtliche Vorteile dar. hdr

---

### **Nord-Süd-Kommission**

#### **Vorsicht geboten**

---

Der Vorschlag des Weltbankpräsidenten, Robert McNamara, eine internationale Kommission einzuberufen, die unter der Leitung Willy Brandts Empfehlungen zur Lösung der Welthandelsprobleme und des Ressourcentransfers in die armen Länder ausarbeiten soll, hat ein zwiespältiges Echo gefunden. Einerseits dürften die internationale Erfahrung des Friedensnobelpreisträgers Brandt und seine Reputation im Ausland gute Voraussetzungen für eine Mittlerrolle im Nord-Süd-Konflikt bieten, zumal Brandt die Notwendigkeit eines weltweiten Engagements aller Gutwilligen für den Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wiederholt ausdrücklich anerkannt hat. Andererseits hat die Wahl Brandts zum Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale im konservativen Lager Zweifel an seiner Eignung für das Amt des Kommissionsvorsitzenden aufkommen lassen.

Schwerer wiegt allerdings die Befürchtung, daß Willy Brandt als deutscher Politiker seine regierenden Parteifreunde beim Wort nehmen muß, wenn die Kommission die Forderung nach einer Aufstockung der Entwicklungshilfe erheben sollte. Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat deutlich gezeigt, daß derartige Wünsche bei der augenblicklichen Haushaltslage wenig Verständnis finden würden. Auch Bundeskanzler Schmidt hat kürzlich noch einmal in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik nicht allein den Aufschwung in den Industrieländern und steigende Entwicklungshilfeleistungen finanzieren kann. Sollten aber die von der Kommission getroffenen Beschlüsse am Widerstand der Bundesrepublik scheitern, so dürfte Brandts politischer Einfluß sehr schnell abnehmen. Schließlich scheint Vorsicht in dieser Sache – unabhängig von der Person des Kommissionsvorsitzenden – auch insofern geboten,

als internationale Kommissionen in der Vergangenheit meist außer dickleibigen Erklärungen und erheblichen Spesen wenig Sichtbares hinterlassen haben. mk

---

### **Energiepolitik**

#### **Kerndiskussion**

---

Das Verwaltungsgericht Schleswig hat nun entschieden, daß der Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf vorläufig – bis zur nächsten gerichtlichen Instanz – bestehen bleibt. Man mag zu dieser Entscheidung stehen wie man will, was vor allem davon abhängig sein dürfte, ob man – wie u. a. der Hamburger Senat – der Meinung ist, das Kernkraftwerk in Brokdorf sei auf jeden Fall notwendig, oder nicht. Zuzustimmen ist dem Hamburger Senat jedoch in seiner Ansicht, daß vor dem Bau weiterer Kernkraftwerke eine Denkpause und eine gründliche Diskussion mit der Bevölkerung notwendig sei.

Bei diesen Diskussionen kann es jedoch nicht so sehr um Aufklärungsaktionen technischer Art gehen. Wie die jüngsten Diskussionen und Stellungnahmen mit bzw. von Experten verschiedenster Fachrichtungen und Couleur gezeigt haben, läßt sich zu jeder begründeten These eine begründete Gegenthese aufstellen – von Wertvorstellungen ganz zu schweigen. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Betriebssicherheit eines Kernreaktors und der Unfallwahrscheinlichkeit als auch hinsichtlich der Entsorgungsproblematik. Dies gilt für den Zusammenhang zwischen Quantität und Qualität des Wirtschaftswachstums und der Energieversorgung ebenso wie für den Zusammenhang zwischen Niveau und Struktur des Energieverbrauchs und der Verfügbarkeit von alternativen Energiequellen sowohl in technischer als auch zeitlicher Hinsicht.

Es geht nicht – oder nicht mehr – so sehr um Brokdorf oder nicht, um Whyl oder nicht. Im Kern geht es letztlich – um den Parlamentarischen Staatssekretär im Forschungs- und Technologieministerium Volker Hauff zu zitieren – um „wirtschaftliches Wachstum, . . . Richtung und Struktur des Wachstums und . . . Lebensqualität“ – und um all die Risiken, die sich aus unsicheren Kenntnissen über Zusammenhänge und künftige Entwicklungen ergeben. Die Risiken, die mit einem verstärkten Einsatz von Kernenergie verbunden sind – betriebliche, Umwelt- und nicht zuletzt gesellschaftspolitische Risiken, die aus entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen resultieren können –, müssen offen und deutlich – vereinfacht gesagt – den sozial- und gesellschaftspolitischen Risiken eines verminderten Wachstums gegenübergestellt werden. Der viel berufene mündige Bürger muß sich der möglichen Kosten seiner gewählten Alternative bewußt werden können. ogm